



Peter Bartos, BDO: „Durch den Zuschuss sollte es Unternehmen besser gelingen, schneller durch die Krise zu kommen.“

solvenzverfahren eröffnet noch die Voraussetzungen für die Insolvenzeröffnung auf Antrag der Gläubiger erfüllt, so ist das Unternehmen ebenfalls nicht antragsbefugt.

In diesem Fall kann aber ein Fixkostenzuschuss auf Basis der EU-Verordnung („De-minimis-Verordnung“) gewährt werden (maximal 200.000 €).

#### Was ersetzt wird

Als Fixkosten gelten unter anderem Geschäftsraummieten und Pacht, betriebliche Versicherungsprämien und Lizenzgebühren, Zinsaufwendungen, Aufwendungen für Strom, Gas und Telekommunikation, bestimmte Personalaufwendungen sowie sonstige vertragliche betriebsnotwendige Zahlungsverpflichtungen.

Die Höhe des Fixkostenzuschusses hängt vom Umsatzausfall im jeweiligen Betrachtungszeitraum (entweder 2. Quartal 2020 oder maximal drei Monate im Zeitraum 16. März bis 15. September 2020) ab und muss mindestens 500 € betragen.

„Es wird den Unternehmen schnell Liquidität zugeführt, und der Zuschuss muss auch nicht zurückgezahlt werden“, sagt Peter Bartos vom Wirtschaftsprüfer BDO.

# Fixkostenzuschuss

Hilfsmaßnahme für operative Unternehmen für drei Monate mittels nicht zurückzuzahlenden Zuschusses.

••• Von Reinhard Krémer

WIEN. Eine weitere Unterstützung für von der Krise gebeutelte Unternehmen wurde jetzt auf den Weg gebracht: Betroffene Firmen können für im Zeitraum 16. März bis 15. September 2020 angefallene Fixkosten einen nicht zurückzuzahlenden Zuschuss beantragen. Antragsberechtigt sind Unternehmen (un-

abhängig von ihrer Rechtsform) mit Sitz oder Betriebsstätte in Österreich sowie einer operativen inländischen Tätigkeit.

Ausgeschlossen sind solche, die in der Vergangenheit aggressive Steuerplanung betrieben oder eine rechtskräftige Finanzstrafe aufgrund von Vorsatz erhalten haben, sowie der gesamte Finanzsektor, Non-Profit-Organisationen und im mehrheitli-

chen Eigentum (mindestens 75%) der öffentlichen Hand stehende Einrichtungen.

#### Weitere Ausschlusskriterien

Befand sich ein Unternehmen am 31. Dezember 2019 in Schwierigkeiten i.S.d. Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung oder wurde über das Unternehmen im Antragstellungszeitpunkt weder ein In-

## Umsetzung schleppend

Verständnis für Datenschutzgrundverordnung.

WIEN. Zwei Jahre nach in Kraft treten der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) zeigt sich in den österreichischen Unternehmen ein deutlich gestiegenes Verständnis für das Thema Datenschutz.

In einer vor der Coronakrise durchgeführten KSV1870-Umfrage gaben 40% der befragten Unternehmen an, dass dieses in den vergangenen drei Jahren

„auf ganzer Linie“ gestiegen ist. Nur 30% der Befragten haben die Verordnung auch vollständig im Betrieb verankert.

Die häufigste Maßnahme zur Erhöhung des Datenschutzes ist die Einführung oder Anpassung von Datenschutz- und IT-Sicherheitsmaßnahmen (46%); 39% setzen auf die fortlaufende Schulung von Mitarbeitern im Betrieb. (r/k)



EU-DSGVO: Für 19% der Betriebe ist eine Verbesserung nicht erkennbar.